

Grüne - Les Verts • Delegiertenversammlung vom 26. Oktober 2002•

Protokoll der Delegiertenversammlung vom 26. Oktober 2002

Tagespräsidentin: Maya Graf, Nationalrätin BL

Dauer: 13.30 – 18.00

1. Begrüssung

Einstimmung mit der Theatergruppe Impuls, die Aussagen der Delegierten szenisch darstellt.

Anschliessend begrüsst Maya Graf die Delegierten ganz herzlich und übergibt das Wort Philipp Schoch, dem Präsidenten der Baselbieter Grünen, der für den krankheitshalber verhinderten Landrat Lukas Ott einspringt. Die Grünen haben im Baselbieter Kantonsparlament 5 von 90 Sitzen. Gesamterneuerungswahlen stehen im Frühling 2003 an, die Grünen werden mit Maya Graf in die Regierungsratswahlen steigen.

Entschuldigt haben sich für diese DV Ruedi Baumann (NR BE), Myrta Giovanoli (GL), Tobias Roosen (ZH), Anita Frei (GE), Kerstin Knebel (ZH).

Ruth Genner, Co-Präsidentin, schildert ihre Eindrücke von Johannesburg.

Obwohl das Prinzip der Nachhaltigkeit in der Verfassung verankert ist, braucht es die Grünen, damit es nicht bei reinen Absichtserklärungen bleibt.

Patrice Mugny, Co-Präsident spricht vom Bundesbudget, der Schuldenbremse, den Sparmassnahmen am falschen Ort (beim Buwal, bei der Geldwäschereistelle, aber nicht beim Militär). Kritisiert die vorgesehenen Steuererleichterungen für reiche Familien und Hausbesitzer.

2. Statutarisches

Als Stimmenzähler gewählt werden Kathrin Giovannone, Alex Martinovits und Esther Maag.

Das Protokoll der Delegiertenversammlung vom 24. August 2002 in Bern wird mit einer kleinen Änderung einstimmig genehmigt: Pierre Santschi bittet um Umformulierung des Schlusssatzes zum Entscheid in Sachen Elektrizitätsmarktgesetz.

3. Informationen

Cécile Bühlmann, Bericht aus der Fraktion

Herbstsession insgesamt eher unbefriedigend, positiv zu vermerken ist die geplante erleichterte Einbürgerung für die zweite und dritte AusländerInnengeneration, Schlussabstimmung für diese Verfassungsvorlage im nächsten Jahr, Abstimmung im Jahre 2004, Ausgangslage gut.

Die Revision des Kernenergiegesetzes führt nicht zu einem tauglichen Gegenvorschlag zu den beiden Atom-Initiativen, sondern muss vielmehr als Atomenergieförderungsgesetz betrachtet werden.

Anne-Catherine Menétrey informiert über die Initiative für eine Einheits-Krankenkasse. Es geht um die Wiederaneignung der Entscheidungsgewalt über gesundheitspolit. Fragen durch die Patienten, die Öffentlichkeit. Primäres Ziel ist nicht die Kostenverminderung. Die Initiative sieht nicht einkommensabhängige Prämien vor, wie dies bei der Gesundheitsinitiative der SP geplant ist. Da diese im Mai zur Abstimmung kommt, wollen sich die SP und der SGB noch nicht für ein Engagement entscheiden. Anne-Catherine findet es wichtig, die Initiative für eine Einheitskasse jetzt zu lancieren, ev. mit CNG als Partner. Die Partei wird entscheiden müssen, ob die Kapazitäten für ein solches Engagement vorhanden sind.

Hubert Zurkinden stellt Yolande Peisl, die neue Mitarbeiterin im Zentralsekretariat, und Katharina von Wartburg, Praktikantin, vor.

Hans Beat Schaffner informiert, dass am 12./13. September ein Anlass der europäischen Grünen in St. Gallen stattfinden wird. Thema: Transitverkehr

Die Jubiläumsveranstaltung zum 20jährigen Jubiläum der Grünen findet am 24. Mai 2003 statt.

4. Abstimmungen vom 24. November: Parolenfassung

Initiative „gegen Asylmissbrauch“

Alberto Achermann, Zentralsekretär der Schweizerischen Flüchtlingshilfe SFH

Jeder Mensch hat das Recht, in anderen Ländern Asyl zu suchen. Dieses Recht steht am 24. November auf dem Spiel.

Es braucht eine koordinierte europäische Asylpolitik, leider hat die EU mit den Dubliner Abkommen am falschen Ort mit der Koordination begonnen. Jetzt wird Angleichung der Praxis gesucht, Resultate bis jetzt recht gut. Auch die Schweiz versucht, an der europäischen Asylpolitik teilzuhaben. Um Flüchtlingen zu helfen, ist eine viel engere Zusammenarbeit, eine koordinierte Menschenrechtspolitik nötig. Flüchtlinge sind sichtbar gemachte Menschenrechtsverletzungen.

Anne-Catherine Menétrey, Nationalrätin VD

Die Initiative sagt dem Asylgesetz als solchem den Kampf an. Nur 2% der Flüchtlinge kommen auf dem Luftweg in die Schweiz, alle anderen kommen über sichere Drittstaaten. Diese müssten bei Annahme der Initiative wieder zurückgeschickt werden. Unsere Nachbarstaaten werden diese Menschen aber nicht wieder aufnehmen. Mit dieser Initiative werden wir nicht weniger Asylsuchenden haben, sondern viele neue Sans-Papiers.

Die Initiative verlangt zudem eine inakzeptable Verschlechterung der Lebensbedingungen der Asylsuchenden.

Cecile Bühlmann, Nationalrätin LU

Die SVP ist nur auf der Suche nach einem neuen Thema für das Wahljahr, da die Aussenpolitik jetzt vom Tisch ist.

Der Vorstand lehnt die Initiative einstimmig ab, ebenso die Delegiertenversammlung.

Mit 94 Nein bei 0 Enthaltungen lehnen die Delegierten die Initiative einstimmig ab.

Revision des Arbeitslosen-Versicherungsgesetzes

Ruth Genner

Gegen das Gesetz wurde das Referendum ergriffen, weil es vor dem Hintergrund der neuen Konjunkturlage nicht geht, dass die Gutverdienenden beschenkt (Wegfall des Solidaritätsbeitrags ab 106'800.- Einkommen) und die Arbeitslosen benachteiligt werden (nur noch 400 statt 520 Beitragstage).

Der Vorstand empfiehlt einstimmig Ablehnung der Revision.

Mit 94 Nein bei 0 Enthaltungen lehnen die Delegierten die Revision einstimmig ab.

5. Resolutionen

Resolution für eine Gentech-Moratoriums-Initiative

Maya Graf berichtet über die Genlex-Debatte. Bauernvertreter und CVP haben im Rat ein Moratorium mehrheitlich abgelehnt. Darauf haben die Grünen gemeinsam mit anderen Organisationen eine Initiative für ein Moratorium angekündigt. Diese Initiative hätte gute Chancen, denn die Leute wollen eine gentechfreie Landwirtschaft und gentechfreie Lebensmittel.

Die Resolution wird ohne Gegenstimme bei einer Enthaltung verabschiedet.

Resolution zum Betäubungsmittelgesetz

Anne-Catherine Menétrey erläutert, dass die Behandlung des Betäubungsmittelgesetzes unbedingt vorangetrieben werden muss. Vor allem was Hanf und Cannabis anbetrifft, muss unbedingt eine Reglementierung erfolgen. Mit der Resolution verlangen wir eine beschleunigte Behandlung des Gesetzes.

Balthasar Glättli, ZH, unterstützt die Resolution, kritisiert die Instrumentalisierung der Drogensituation von Seiten der SVP, ist der Ansicht, dass die Grünen weiter kämpfen sollen auch für die Legalisierung der harten Drogen.

Kathrin Giovannone, BS, weist daraufhin, dass Handel und Anbau nicht im Gesetz geregelt werden, sondern nur der Konsum von Cannabis.

Die Resolution wird ohne Gegenstimme bei zwei Enthaltungen verabschiedet.

6. Positionspapier der Grünen Schweiz zur Agglomerationspolitik

Olivier Rüegsegger macht einen Input zum Thema Agglomeration am Beispiel der Vorortsgemeinde Allschwil.

Urs Steiger stellt das Positionspapier zur Agglomerationspolitik vor, das die Umwelt- und Raumplanungskommission erarbeitet hat.

Die Reaktionen auf das vorgelegte Papier sind vorwiegend positiv. Bereits schriftlich eingereichte Änderungsanträge werden erläutert. Einzelne Votanten weisen darauf hin, dass im Papier die Grenzregionen stärker berücksichtigt werden sollten (grenzübergreifende Agglomerationspolitik) oder dass auf das Problem der Bevölkerungsentwicklung nicht eingegangen worden sei. Anschliessend wird über die einzelnen Anträge abgestimmt:

Antrag Grünes Bündnis Bern: Begrenzung des Siedlungsgebietes (Mindestvorgaben über die Erschliessung durch den ÖV)

Wird mit einer Gegenstimme bei drei Enthaltungen angenommen

Antrag Grünes Bündnis Bern: Steuerharmonisierung zwischen Gemeinden innerhalb der Kantone und zwischen den Kantonen:

Wird mit 3 Gegenstimmen bei einigen Enthaltungen angenommen

Antrag Grünes Bündnis Bern: Förderung des Langsamverkehrs (Ergänzung) und öffentlicher Verkehr:

Antrag wird einstimmig angenommen

Antrag Grünes Bündnis Bern: Neue Organisationsformen für Politik und Planung:

1. Teil: Schaffung einer Steuerteilung zwischen Wohn- und Arbeitsort

Mit 36 Ja zu 13 Nein bei 15 Enthaltungen angenommen

2. Teil: kant. bzw. eidg. Abgabe an Standortsgemeinden von publikumsintensiven öffentlichen Nutzungen:

Mit 4 Neinstimmen bei 5 Enthaltungen deutlich angenommen

In der Schlussabstimmung wird das Papier einstimmig angenommen!

7. Rechnung 2001 / Budget 2003

Hans Beat Schaffner erläutert die **Rechnung 2001**, anschliessend wird der Revisorenbericht vorgelesen, in dem darauf hingewiesen wird, dass die Rechnung erstmals seit 1994 einen Aktivsaldo ausweist, die rund 60'000 Franken Schulden also abgebaut werden konnten!

Die Rechnung wird mit grossem Applaus angenommen.

Christoph Stadelmann wird als Revisor verabschiedet und seine Arbeit wird verdankt. Im Januar wird sein/e StellvertreterIn gewählt.

In der anschliessenden Diskussion zum **Budget 2003** wird von einigen Delegierten der für die NR-Wahlen eingesetzte Betrag für tief befunden.

Trotzdem wird das Budget 2003 bei einer Enthaltung ohne Gegenstimme angenommen.

8. Varia

Die nächste DV findet am 18. Januar in Luzern statt.

Hubert bedankt sich bei den beiden Dolmetscherinnen Nicole Stoll und Hélène Béguin für ihre kompetente Übersetzungsarbeit und bei den Grünen Baselland für die gute Organisation der Delegiertenversammlung.

Bern, Dezember 2002 / Gabriela Bader